

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

15. März: Internationaler Tag gegen Islamfeindlichkeit
Drucksache 19/2438 und 19/2597

Der Senat von Berlin
SenASGIVA - IV D 6
9013- 2784

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über 15. März: Internationaler Tag gegen Islamfeindlichkeit

- Drucksache Nr. 19/2438 und 19/2597 -

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 11.09.2025 aufgrund des Antrages der Fraktionen CDU und SPD Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, den 15. März entsprechend dem Beschluss der UN-Vollversammlung als „Internationalen Tag gegen Islamfeindlichkeit“ einzuführen. Dieser Tag soll in der Öffentlichkeit thematisiert und sichtbar gemacht werden. Dazu soll vom Senat verstärkt das Gespräch mit Berliner Moscheegemeinden gesucht werden, um sie beim Angebot von Dialogveranstaltungen und Begegnungen im Umfeld des 15. März zu unterstützen.“

Hierzu wird berichtet:

Als Reaktion auf das Attentat auf zwei Moscheen in Christchurch (Neuseeland) am 15. März 2019 bei dem 51 Menschen aus islamfeindlichen Motiven ermordet wurden, wurde der 15. März von der UN-Vollversammlung als Internationaler Tag zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit anerkannt. Damit steht dieser Tag für Gedenken, Mahnung und globale Solidarität mit Musliminnen und Muslimen, die weltweit von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind.

Der Senat von Berlin greift die Bitte des Abgeordnetenhauses von Berlin gern auf, dass der 15. März auch in Berlin als Internationaler Tag gegen Islamfeindlichkeit thematisiert und gewürdigt wird.

Die Einführung des Internationalen Tages gegen Islamfeindlichkeit ist Ausdruck gelebter Solidarität und soll verdeutlichen, dass Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt in Berlin keinen Platz habendürfen. Doch auch in Deutschland erinnern Ereignisse wie der islamfeindliche Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 oder die Ermordung von Marwa El-Sherbini am 01. Juli 2009 daran, dass Islamfeindlichkeit keine abstrakte Bedrohung, sondern eine sehr konkrete Gefahr für die Betroffenen darstellt. Auch diese Tage markieren einschneidende Erlebnisse für viele Menschen in Deutschland, insbesondere für junge Musliminnen und Muslime und stehen exemplarisch für die Kontinuität und Gewaltförmigkeit inslamfeindlicher Einstellungen. Daher wird der Berliner Senat auch jenseits des 15. März seine Anstrengungen in der Prävention von Islamfeindlichkeit fortsetzen.

Zum 15. März 2026, dem Internationalen Tag gegen Islamfeindlichkeit, werden zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt, die mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsformaten auf das Thema Islamfeindlichkeit aufmerksam machen wollen. Ziel ist dabei ebenso die Sichtbarmachung von und die Sensibilisierung für Islamfeindlichkeit in Berlin. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung wird wohlwollend prüfen, Vorhaben zivilgesellschaftlicher Förderprojekte des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ zu ermöglichen, sofern sie im Rahmen bereits bewilligter Projektfinanzierungen konzipiert und umsetzbar sind.

Außerdem soll bis zum 15. März 2026 durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung ein Eckpunktepapier zur

Prävention von Islamfeindlichkeit erarbeitet werden. Dieses entsteht in enger Zusammenarbeit mit der „Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus Berlin“. In die Erarbeitung des Eckpunktepapiers werden weitere externe Expertinnen und Experten einbezogen, um ein breites und unterschiedliche Auffassungen vertretendes Fachwissen zu den Themen (Prävention von) Islamfeindlichkeit und muslimisches Leben in Berlin einzubringen. Das Eckpunktepapier soll zentrale Handlungsfelder und dazugehörige Empfehlungen benennen sowie konkrete Maßnahmen für Prävention und Sensibilisierung formulieren und damit die Grundlage für eine landesweite Handlungsstrategie zur Prävention von Islamfeindlichkeit bilden. Durch die breite Beteiligung werden auch Impulse erwartet, wie in zukünftigen Jahren der 15. März als Gedenktag mit Leben gefüllt und so etabliert werden kann.

Entsprechend dem AGH Beschluss vom 11.09.2025 wird im Zusammenhang mit dem Internationalen Tag gegen Islamfeindlichkeit am 15. März 2026 das Gespräch mit Berliner Moscheegemeinden gesucht. Hierfür wird die SenASGIVA das Forum Islam Berlin (FIB) einbeziehen und über Wege der Einbindung von Moscheegemeinden beraten. Bei der Auswahl der Moscheegemeinden wird darauf geachtet, Partner in möglichst vielen in Berlin vertretenen Strömungen des Islam zu finden und sie fortlaufend in den Dialog einzubinden, um konsequent gegen jede Form von Extremismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rassismus vorzugehen und zu erörtern, welche Unterstützungsleistungen als sinnvoll erachtet werden. Erfahrungsgemäß erfordert es einen längeren zeitlichen Vorlauf, bis sich Planungen, Abläufe und Strukturen zu Gedenktagen etablieren. Daher kann erst in Folgejahren ein breiteres Angebot von Dialogveranstaltungen und Begegnungen auf den Weg gebracht werden.

Auf Grund der Erfahrungen in der Kooperation mit den muslimischen Communities kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der beschlossene Internationale Tag gegen Islamfeindlichkeit am 15. März auch als Anerkennung und Wertschätzung betrachtet wird. Dementsprechend motiviert werden viele Moscheegemeinden und andere muslimische Akteurinnen und Akteure sein, um für die folgenden Jahre Dialog- und Begegnungsformate zu entwickeln.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

- a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:
Keine.
- b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:
Keine.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 09. Dezember 2025

Der Senat von Berlin

Kai Wegner

Regierender Bürgermeister

Cansel Kiziltepe

Senatorin für Arbeit,
Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und
Antidsikriminierung